

Eingang findet, alle bayerischen Völker der Oberpfalz ihre Arbeit einfach niederlegen werden.

Hebergabe deutscher Handelsschiffe. In den nächsten Tagen werden, wie der amerikanische Marine-Minister mitteilt, die ersten drei deutschen Handelsschiffe, die bereits amerikanische Befehle erhalten haben, der Flotte der Vereinigten Staaten überliefert werden.

Zur Lage in Bayern. Obwohl in München zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen eine Einigung gegen Spartakus erzielt worden ist, sind verschiedene angesehenere Persönlichkeiten des Bürgertums, unter ihnen der frühere Ministerpräsident v. Dombi, als Weiseln verhaftet worden, um einer Gegenrevolution voranzugehen. Die bisherigen mehrheitssozialistischen Minister Timm und Rothhaupter müssen sich weiter verborgen halten. Der Minister auf Auer — dessen Namen von den Blättern genannt wird — ist noch in Freiheit. Die Spartakisten Lewin und Degenfelder sind wieder in den Zentralrat der bayerischen A. und S. M. K. eingetreten. Die Bewohnung des Proletariats schreitet fort. — Der Zentralrat ordnete für den Tag der Bekämpfung des Feuers, den 20. Februar, vollkommene Arbeiterruhe, Besetzung der Häuser und feierliches Geläut aller Kirchenorgeln an. Ganz A u d b u r g steht unter der Gewalt des A. und S. M. K. Die wichtigsten Gebäude, wie Rathaus, Hof und Rathaus, sind fest mit Truppen besetzt. Der Sonntag ist ziemlich ruhig verlaufen. Die bürgerlichen Zeitungen sind auf 4 Tage verboten. Nur die sozialdemokratische „Augsburger Zeitung“ erscheint ungehindert. Daneben unter Aufsicht des A. und S. M. K. ein Nachrichtenblatt für die Arbeiter der bürgerlichen Zeitungen. In der vorgestrigen außerordentlichen Sitzung des A. und S. M. K. wurde zum weiteren Ausbau des Mäteschemas ein geschlossener Ausschuss aus beiden sozialistischen Parteien beauftragt, baldmöglichst Vorläufe gegen Überwindung der Behörden zu machen. Alle Offiziere und reaktionäre wirkende Mitglieder der höheren Dienststellen sollen baldmöglichst entlassen oder beurlaubt werden. Nach den Mitteilungen des A. und S. M. K. haben die Anhörungen 4 Tote und 6 bis 8 Schwerverletzte gefordert.

Aus dem Ruhrgebiet. Aus Mülheim wird gemeldet: Die Arbeit wurde gestern morgen in allen Hiesigen Betrieben restlos wieder aufgenommen. Nur einzelne Arbeiter fehlten. In den meisten Betrieben schritt gestern inoffiziell noch ein Kampf der gesamten Belegschaft. Entgegen der Ermahnung zwischen dem kommandierenden General des 7. Armeekorps in Mülheim und dem Streikkomitee in Essen ist für gestern die Arbeit in Düsseldorf nur in einigen kleineren Betrieben wieder aufgenommen worden. In den großen Betrieben wurden die Arbeiter durch bewaffnete Spartakisten behindert, die Petriehäuten zu betreten. Um 10 Uhr vormittags fanden mehrere Spartakistenversammlungen statt. Verschiedene Redner erklärten, daß sie auf keinen Fall die Waffen abgeben würden. Ein Antrag, den Generalkomitee in Düsseldorf fortzusetzen, hatte eine überwältigende Mehrheit. Von einer Befreiung der Bergbauarbeiten der Industrieunternehmen soll noch abgesehen werden. Dagegen wurde wieder die Verhaftung der Arbeiter gefordert, bis seitens der Unternehmen Streikgelde bezahlt sind.

Zur Lage in Gotha. Der Reichsminister Wissell ist in Gotha gewesen, um sich über die dortigen Verhältnisse zu orientieren. Die Verhandlungen zwischen den Behörden der revolutionären Institutionen und Arbeiterschaft, an denen auch General Werker teilnahm, zeigten, daß die Nachrichten über die Lage der Stadt stark übertrieben sind. Der Streik wird gestern beendigt worden sein. Die Brigade Werker wird vorläufig in der Stadt verbleiben, bis die allgemeine Waffengeber durchgeföhrt ist. Nach der Waffengeberung wird Gotha nur noch von schwachen Truppenteilen besetzt sein.

Schwere innere Unruhen in Italien? Den Laibacher Blättern zufolge haben die italienischen Behörden in dem besetzten südlichen Gebiet am Sonntag nachmittags die ganze Demarkationslinie vom Brenner bis Nevo hermetisch abgesperrt. Reisende berichten, daß niemand mehr über die Demarkationslinie gelassen und auf Hundstunde behelnde geschossen wurde. Auch Mitglieder der Entente-Kommission werden am Weiterreisen verhindert. Die Blätter meinen, daß die Absperzung auf schwere innere Unruhen in Italien zurückzuführen sei. Die Republikaner in der Lombardei, besonders in Mailand, sollen Flugblätter verbreiten, in denen für Ausrufung einer lombardischen Republik Stimmung gemacht wird.

Die Berliner Gemeindevahlen. Das Ergebnis der vorgestrigen Berliner Gemeindevahlen ist folgendes: Gewählt sind 53 Mehrheitssozialisten, 41 Unabhängige, 22 Demokraten, und 23 Vertreter der Reichsparteien.

Ludendorff will Klarheit. Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat General Ludendorff dem deutschen Soldaten in Stodholm um Übermittlung folgender Schreiben an den Präsidenten der deutschen Republik, Herrn Ebert, gebeten: „Herr Präsident! Im November verließ ich Deutschland. Die Gründe sind Ihnen seit damals bekannt. Ich komme nicht wieder darauf zurück. In Ruhe, die mir die Heimat nicht zu geben vermochte, leiste ich hier für das deutsche Volk meine Lebensarbeit sichtlich nieder. Das Werk ist jetzt beendet. Ich hoffe, daß das Vaterland daraus lernen wird. Ich will dem deutschen Volk weiter dienen, wie ich es bisher tat. In der Stunde seiner Not brauche es jede Kraft, die sich ihm nur an die Heimat denkt. Ein großer Teil des deutschen Volkes steht wider mich. Aus meiner Sicht ist es mein Handeln erkennen. Sie tun nur meine Aufgaben zu vertreten. Es ist für das Vaterland, aber auch für mich notwendig, daß allezeit Klarheit darüber herrscht, was ich während der vierjährigen Kriegsdauer tat und wo die Wurzeln unseres Unglücks liegen. Ich kehre jetzt nach Deutschland zurück und bitte die Regierung, diese Klarstellung herbeizuföhren.“ Ludendorff.

Der Generalstreik im Mitteldeutschen Kohlengebiet. Nicht ohne Einfluß auf den Ausbruch des Streiks blieben die Vorgänge in München geblieben sein, wenigstens die eigentlichen Gründe für den mitteldeutschen Streik in den Verhandlungen über die Sozialisierung der Kohlengruben und über die Anerkennung der Betriebskontrolle zu suchen sind. Von besonderer Bedeutung ist der Umstand, daß auch die Eisenbahner des Dreiecksbezirks Halle sich den Streikenden angeschlossen haben, wie es auch die Arbeiter der chemischen Industrie und der Heberlandzentrale getan haben. Am Montag abend 6 Uhr sind sämtliche Beamten und Angestellten im mitteldeutschen Braunkohlenrevier in den Generalstreik eingetreten als Protest gegen die Vergewaltigung der Beamten durch die Posten der streikenden Arbeiter. Wie nach Halle aus Erfurt gemeldet wird, ist auch dort der Generalstreik ausgebrochen.

Beabsichtigte Kriegserklärung der Sowjetregierung an Deutschland. Nach englischen Mätereimendungen soll die Sowjetregierung, um dem deutschen Kommunismus zum Siege zu verhelfen, beabsichtigen, die Kriegserklärung an Deutschland auszusprechen. — Diese Erklärung ist mit äußerster Eile auszusprechen, und man sollte ihr, bevor nicht eine bestimmte Behätigung vorliegt, keinen Glauben schenken.

### Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 25. Februar 1919.

— Der Streikstreit. Hier fand heute als Protest gegen die Ermordung Curt Gisors ein halbtägiger Streik statt, an dem das Gewerkschaftsmitglied ausgedrückt hatte.

Um 9 Uhr wurde auf dem Albertplatz eine Kundgebung abgehalten, die trotz des einsetzenden Schneesturms eine gewaltige Beteiligung aufzuweisen hatte. Die Arbeiter verschiedener Betriebe in Gräb, Hilderau, Zeitgeln usw. kamen in geschlossener Menge angetreten. Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, Scherling, hielt eine Ansprache, in der er erklärte, daß die durch die Revolution geschärften Gegensätze darnach trachten, wieder aus Mäuer zu kommen. Die Taten, die in München geschehen seien, zeigten, wohin der Weg gehen sollte. Die heutige Kundgebung sollte zeigen, daß die Arbeiterschaft die Revolution mit aller Kraft verteidigen und sich nicht an einer demokratischen Republik genügen lassen werde, sondern die sozialistische Republik anstrebe. Der Arbeiterschaft kämpfe für ihre Ziele nicht mit blutigen, sondern mit geistigen Mitteln. Wenn ihre Gegner aber, wie in München, den Kampf mit anderen Waffen führten, dann werpe ihnen auch die Arbeiterschaft mit anderen Mitteln begehren. Auch in Mies habe sich ein Teil der Bürgererschaft nur ein demokratisches Mäteschema umgehungen. Wo seien die Demokraten bei den Stabsverordnetenwahlen geblieben? Auch die Arbeiterschaft müsse sich demgegenüber zu einer geschlossenen Haltung zusammenschließen. Redner besprach sodann noch die Offiziersfrage und erklärte schließlich, für den Arbeiter könne nicht die Lohnfrage, sondern die Herabsetzung der Lebensmittelpreise die Hauptsache sein. An die Kundgebung auf dem Albertplatz schloß sich ein Demonstrationzug durch die Stadt, der ebenfalls eine starke Beteiligung aufzuweisen hatte. Rote Fahnen und eine große Anzahl Plakate, die insbesondere die sozialistische Republik forderten, wurden in dem Zuge mitgeführt. Auch eine Abteilung Soldaten bemerkte man, der Schilder mit der Aufschrift „Freiheit über Streik!“. Der Jahrgang 1893 forderte seine „Einführung“ voranzutragen worden. Auch gestern soll sich bereits ein Demonstrationzug junger Soldaten durch die Stadt bewegt haben. Soweit uns bekannt geworden, hat die heutige Kundgebung der Arbeiterschaft sich ohne Zwischenfälle abgelehnt. Die Arbeit wird morgen früh wieder aufgenommen.

— Einbrüche in Dachkammern. Heute morgen zwischen 7—8 Uhr sind in dem Hausgrundstück Nordstraße 12 verschiedene Dachkammern gewaltsam erbrochen worden. Wie festgestellt worden ist, dürften dem Täter hierbei ein Paar lange Keilhebel (Größe 42), wovon der rechte Eisen genötigt, ein Paar gebrauchte Frauenknopfstiele (Größe 40), ebenfalls an der Seite genötigt, sowie zwei weiß- und blaugefarbte Militärburden-Juden und eine schwarze Uniformhose mit roten Streifen in die Hände gefallen sein. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt etwa 70 Mark. Der Täter hat an den Dachkammern zum Teil die Verkleidungen entfernt und bestiegen die an den Türen befindlichen Vorhängeschloße erbrochen. Verhaftung, die Einbrüche verübt zu haben, ist ein Mann, etwa 35—40 Jahre alt, von schwächlicher Statur, 1,70 Meter groß, mit eingefallenen Backen und dünnem Schnurrbart. Er trug einen grauen Hut mit dunklem Band und grauen Mantel. Der Unbekannte, welcher von einer Hausbesorgerin sowohl beim Betreten wie auch beim Verlassen des Grundstückes gesehen worden ist, war im Besitz eines großen Papstfahnen, der wie festgehalten worden ist, bei den Einbrüchen mitgeführt wurde und worin die gestohlenen Gegenstände enthalten waren. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man sofort der hiesigen Polizei mitteilen.

— Freilassen zum Theaterbesuch für Kriegserwitwen. Wir weisen an dieser Stelle noch besonders auf die in vorliegender Nummer im Interaktenteil vom Verein „Heimatbund“ in der Stadt Mies, e. V., erlassene Anzeige, Freilassen zum Theaterbesuch für Kriegserwitwen hin. Diejenigen Kriegserwitwen, die von diesen Karten Gebrauch machen wollen, haben dieselben in der Geschäftsstelle des Vereins „Heimatbund“ in der Stadt Mies, e. V., Rathaus, Zimmer Nr. 2, zu entnehmen.

— Die Elbschiffahrt wurde, wie aus Prag gemeldet wird, wieder aufgenommen. Von den oberen Flüssen werden 229 Stm. Wochs des Wasserstandes gemeldet.

— Die unabhängige sozialdemokratische Partei Sachsens trat am Sonntag im Ständehaus in Dresden zu einer Landeskonferenz zusammen. Der Konferenz ging am 22. ds. Mts. eine Sitzung der Landtagsfraktion der U. S. A. voraus, in der der Fraktionsvorsitzende gewählte wurde. In Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht über die politische Lage im Reich und in Sachsen, wurde ein Aufruf an das sächsische Proletariat beschlossen, in dem auf die verbrecherischen Bestrebungen der Gegenrevolution hingewiesen, der bürgerlichen Arbeiterschaft die Sympathie ausgedrückt und die Befreiung der gegenwärtigen Regierung verlangt wird. Der Aufruf schließt: „Arbeiter Sachsens! Schließt euch zusammen gegen die Gegenrevolution, siecht die A. und S. M. K. unter die Füße den letzten Kampf für den Sozialismus! Daran wurde über den Eintritt der Unabhängigen in die sächsische Regierung folgender Beschluß gefaßt: Die Fraktion der U. S. A. Sachsens erklärt in übereinstimmung mit der Landtagskonferenz der U. S. A. Sachsens, daß sie bereit ist, zur Herbeiföhung und zur Sicherung der sozialistischen Republik unter folgenden Bedingungen in die Regierung einzutreten: 1. Bildung eines sozialistischen Ministeriums unter Ausschluß der bürgerlichen Parteien. 2. Ablehnung eines Staatspräsidenten für Sachsen. 3. Grundgesetzliche Anerkennung der deutschen Einheitsrepublik. 4. Bösige Demobilisierung des bestehenden Heeres, Entlassung der Mannschaften und Offiziere, Befreiung der alten militärischen Macht, Unterdrückung aller gegenrevolutionären Bestrebungen. 5. Sicherung der durch die Revolution erzielten politischen Freiheit. 6. Verfassungsrechtliche Anerkennung der A. und S. M. K. 7. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen. 8. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung. Darunter ist zu verstehen: die Ueberführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische und unmittelbare Inangriffnahme werden. Die wichtigsten Produktionsmittel der Landwirtschaft und Industrie, des Handels und Verkehrs, des Grund und Bodens sowie die Bodenschätze sind als Nationalvermögen zu erklären und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundgesetzen aufzubauen. Die Verteilung der Verbrauchsgüter ist nach sozialistischen Grundgesetzen zu regeln. — Nachdrückliche Vertretung der unter 1, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 erhobenen Forderungen bei der Reichsregierung, schriftlicher Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, die der Verwirklichung dieser Forderung entgegenstehen. Die Landeskonferenz erklärt sich für den Zusammenritt des Landes-A. und S. M. K. damit der Landes-A. und S. M. K. Gelegenheit haben soll, sich über die Anerkennung der A. und S. M. K. in der Verfassung auszusprechen und Beschluß darüber zu fassen. Die Konferenz, die am Montag früh fortgesetzt wurde, beschloß sich auch eingehend mit Organisationsfragen und mit dem Ausbau der Organisation der Freie.

— Der sächsische Buhtag, der in diesem Jahre auf den 19. März fällt, wird in derartigen Beschränkung wie der allgemeine Buhtag im November v. J. als geistlicher Feiertag gelten. Kirchliche Feiern werden abgehalten, dagegen finden sonstige Beschränkungen von öffentlichen Versammlungen, Theatern usw. nicht statt. Die Zeitungen dürfen nur morgens erscheinen.

— M. Das Pferdedyot Meid wurde am 18. d. M. durch den Volksbeauftragten Reuring beschloß. Er hat dabei dem Vorstand des Depots und im besonderen den Mitgliedern des S. M. K. die ihn föhren, seine volle Anerkennung für den trotz der gegenwärtigen schwierigen Umstände, sehr

guten Zustand der Pferde aussprechen können. Man stellt daran, daß auch unter den jetzigen unglücklichen Verhältnissen Mühseligkeit und Bemühen nicht umsonst aufzuwenden werden. Möchten auch andere Truppenteile ähnliche Erfolge erzielen zum Nutzen des sächsischen Pferdebestandes, zur Erhaltung unserer Volkserbgenos.

— In einer Versammlung von A. und S. M. K. Vertretern aus 20 Garnisonsorten Sachsens wurde gestern in Dresden beschloßen, alle Offiziere sofort nach ordnungsgemäßer Hebergabe ihrer Dienstgeschäfte aus dem Truppendienste auszuscheiden. Veranlassung dazu gab, wie Volfs Zsch. Landesdienst meldet, der Sächsische Offiziersbund und sein präventives Verhalten in Sachen der gegen die Offiziere vorliegenden Beschlüsse. Eine weitere Ursache der Erbitterung gegen die Offiziere war das Attentat des Münchener Offiziers gegen Föhner. — Eine Deputation dieser Versammlung batte am Nachmittag eine 24-kündige Botschaft mit dem Kriegsminister, wo sie sich überzeugen konnte, daß bereits einige Tage vorher der Minister verfaßt hatte, daß die Verabschiedung aller jüngeren Offiziere sowie aller derjenigen Offiziere, die erst während des Krieges Offiziere geworden sind, ferner aller Offiziere a. D. und z. D. und des Verlauteshandes in die Wege zu setzen seien. Es wurde ihr ferner die Zusicherung gegeben, daß die Auflösung des gesamten alten Heeres restlos erfolgt und auch sofort hinterher die Entlassung des Jahrganges 1890. Da, wo Differenzen bestehen, sollen diese nach der Nummer 204 S. M. K. durch eine Kommission von je zwei S. M. K. und zwei Offizieren geschloßet werden. Es wurde noch lebhafter Ausdrücke eine volle Befriedigung erzielt, sobald zu hoffen ist, daß die Wogen der berechtigten Erregung allmählich wieder legen werden.

— Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat Sachsens wird auf Sonntagabend, den 1. März, mittags 1 Uhr, zu einer Sitzung im Ständehaus einberufen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Ausdrücke eventuell Beschlüsse über den Abbau der A. und S. M. K. Sachsend. 2. Eingänge und Anträge.

— Pirna. Infolge eines vom Arbeiter- und Soldatenrat beschloßenen Generalstreiks konnte gestern der „Pirnaer Anzeiger“ nicht erscheinen. Die Adressbetriebe mußten die Arbeit einstellen. Den „Leibz. A. R.“ wird gemeldet: Es gehen Gerüchte umher, wonach in Pirna sächsische Offiziere abberufen sein sollen. Angeblich soll auch die Ausruhmung einer Mäteschloße für Sachsen geplant sein. Mittags 12 Uhr fand auf der Reichsbank eine von mehreren Tausenden besuchte Versammlung statt. Der Gewerkschaftsbeamte Nimmich-Moßel hielt eine Ansprache, in der er sich in längeren Ausführungen über die blutigen Ereignisse der letzten Tage in Berlin und München sowie über verschiedene Vorkehrungen in den Kammern verbot. Nach dieser Versammlung setzte sich ein Demonstrationzug, in dem sich mehrere rote Fahnen und Ständer mit Aufschriften „Nieder mit der Nationalversammlung“, „Sofortige Sozialisierung der Großbetriebe“ usw. mitgeführt wurden, durch die Straßen der Stadt in Bewegung, um dann wieder nach seinem Ausgangspunkt zurückzukehren, wo inzwischen der frühere Reichstagsabgeordnete Mühe aus Dresden eingetroffen war und ebenfalls eine Ansprache an die Versammelten richtete. Die Demonstration nahm im allgemeinen einen ruhigen Verlauf.

Bautzen. Auf Anregung aus wendischen Kreisen hin fanden am Sonntagabend auf der Bahnhauptmannschaft unter dem Vorsitz des Kreisbahnhauptmanns v. Craushaar erneut Verhandlungen mit den Vertretern der wendischen Bevölkerung über die wendischen Schussfordernungen statt. Die Verhandlungen zeigten das Ergebnis, daß die Regierung sich bereit erklärte, berechtigten Wünschen der Wenden entgegenzukommen und insbesondere die Frage zu prüfen, ob und inwiefern bereits auf dem Verordnungswege Abhilfe geschaffen werden könne und was auf außergerichtlichem Wege gesehen müsse. Es wurde ein aus Geistlichen, Lehrern und Laien bestehender Konfessionen bestehender Ausschuss gebildet, der die Wünsche und Forderungen der Wenden formulieren und in Gemeinschaft mit Kreisbahnhauptmannschaft und Regierung weiterbehandeln soll. — Von den demokratischen Abgeordneten Hartmann-Tauben und Schwaiger-Bittau ist folgender Antrag bei der sächsischen Volkskammer eingebracht worden: „Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen: 1. Jedem Wenden wendischer oder aber wendisch besetzener Gebiete der sächsischen Lausitz zu verbieten, 2. ernstliche Schritte gegen eine etwaige Uebergriffung der sächsischen Grenze durch sächsische Truppen sofort einzuleiten.“

Freiburg. In sämtlichen hiesigen Bürgerschulen gelangt von Herbst 1918 ab die allgemeine Volksschule mit Schulgeldfreiheit zur Einführung.

Flauen i. B. Die kürzlich hier zwischen den Offizieren und dem S. M. K. des hiesigen Infanterie-Regiments entstandenen Differenzen sind durch eine Befriedigung, die am 21. d. M. beim Volksbeauftragten Reuring stattgefunden hat, beigelegt worden. Die Dienstverhältnisse der vom S. M. K. als nichtlegitim bezeichneten Offiziere werden nach dem bereits im November 1918 vom Ministerium für Militärwesen erlassenen Bestimmungen durch eine Kommission geregelt. Es ist auch Sorge getragen, daß die neuen Vorschriften über den Auszug der Offiziere baldmöglichst durchgeföhrt werden.

Flauen. Am Montag nachmittag vollzog sich im Aufschuß an eine Arbeitslosenversammlung, in der eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung gefordert wurde, eine Demonstration zum Oberbürgermeister. Spartakisten, sowohl Matrosen wie Zivilisten, drangen in das Rathaus ein und entwarfen die mittlere des Volkes bei den Banken, im Rathaus, auf dem Bezirkshaus und bei der Post. Die „Neue Sozialistische Zeitung“ wurde besetzt und der Betrieb lahmgelegt, indem die Hauptleitung der elektrischen Leitung durchgeschlagen wurde.

Leipzig. Seit Mittwoch abend sind zahlreiche Tansberggärten in Leipziger Eilen von den Patrouillen und Ratsbeamten aufgehoben worden.

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 25. Februar 1919.

#### Weldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Dem „Totalanzeiger“ wird aus Hannover berichtet: Zwei Tausende des Militärarbeitsbundes haben in der vergangenen Nacht ihre Zellen erbrochen und die Zellen aller anderen Gefangenen geöffnet, jeden Gefangenen mit Eisenhaken und Waffen versehen und ihnen den Weg durch den Keller ins Freie gezeigt. Sämtliche Gefangene befanden sich bereits auf dem Hofe und suchten den Ausgang zu erreichen unter dem Rufe „Gott lebe die Freiheit und der Spartakus“. Die Wache benötigte die Unbrecher und brachte sie in die Zellen zurück. Es handelte sich um schwere Jungen, größtenteils Unbrecher und einen Wörder. Die Mädesführer wurden heute vor Gericht gestellt. — In dem Kreise Hinderburg sind neue Vorkälle, ansehnend von Damsberg aus Polen eingeföhrt worden. — Laut „Totalanzeiger“ verläutet nach Münchener Meldungen, daß sich die bayrische Truppenkontingente mit Ausnahme der Münchener und der Nürnberg Garnison gegen die Münchener Mäteschloße erklärte. Sie fordern in Telegrammen an den Völkerausschuß die Wiedereinföhung des Landtages. In Passau und Landshut haben die Garnisonen die Anordnungen und Verfügungen der Münchener Mäteschloße abgelehnt. Auch der Regierungspräsident der Oberpfalz hat sich dahin ausgesprochen, daß jede Verordnung der Münchener Mäteschloße verworfen werde. — Dem Berliner „Totalanzeiger“ wird aus Gera gemeldet: In Schwes